

Persönliche Stellungnahme - Fakultätsrat Neuphilologie 23.06.2010

"Prüfungsordnung Bachelor Deutsche Philologie"

Persönliche Stellungnahme des studentischen Mitglieds Ziad_Emanuel des Fakultätsrates der Neuphilologischen Fakultät zur Fakultätsratssitzung am 23.06.2010 bzgl.:

TOP 7: BA-Studiengang *Deutsche Philologie*: Bachelor-Prüfungsordnung – Änderungsentwurf

Der Änderungsantrag ist für mich unverständlich und erscheint mir unbegründet, da es im Vergleich zur bisherigen Prüfungsordnung kaum Änderungen gibt. In der von dem Fakultätsrat befürworteten Prüfungsordnung fand keine Modularisierung statt.

Unter Modularisierung versteht die KMK Folgendes: „Modularisierung ist die Zusammenfassung von Stoffgebieten zu thematisch und zeitlich abgerundeten, in sich abgeschlossenen und mit Leistungspunkten versehenen abprüfbaren Einheiten.“¹

Im Gegensatz hierzu besteht bspw. das „Modul“ „Einführungen“ der vorliegenden Prüfungsordnung aus einer „Einführung in die Neuere Deutsche Literaturwissenschaft“, einer in die „Germanistische Sprachwissenschaft“ und einer „in die Mediävistik (Mittelhochdeutsch)“. Die einzige Gemeinsamkeit dieser Veranstaltungen ist der Veranstaltungstyp. Auch in den anderen „Modulen“ gibt es kaum thematisch aufeinander aufbauende Veranstaltungen. Daher können diese Module auch nicht mit einem Leistungsnachweis als Modul abgeschlossen werden. Konsequenterweise gibt es in der vorliegenden Prüfungsordnung auch keine Modulprüfung, stattdessen wird jede Veranstaltung einzeln abgeprüft. Somit werden Empfehlungen der aktuellen Debatte nicht beachtet. So riet die KMK zusammen mit der HRK am 10.12.2009:

- „die Prüfungsbelastungen zu reduzieren, indem grundsätzlich nicht mehr als eine Prüfung pro Modul vorgesehen wird,
- die Arbeitsbelastung für die Studierenden zu überprüfen und ein realistisches und vertretbares Maß zu gewährleisten,“²

Dadurch, dass jede Veranstaltung einzeln geprüft wird, wird die Prüfungslast unnötig erhöht. In einem derartig gebauten Studium werden Studierende nicht in dem gefördert, was ein Studium eigentlich ausmachen sollte, nämlich, aufbauend auf fachbezogenem Wissen und Methoden, eigenständig Zusammenhänge zu erschließen, Fragestellungen zu entwickeln und zu bearbeiten. Dahingehend ist ebenfalls hinderlich, dass die Studierenden des Bachelors nicht frei zwischen den Proseminaren eines Teilbereiches frei wählen können, wie es im Magister- und Staatsexamensstudiengang der Fall war, sondern das Teilbereiche von Teilbereichen belegt werden müssen. Die Studierenden müssen demnach im Falle eines Proseminars des Moduls 2.1.a) in der Germanistischen Sprachwissenschaft sich auf den Bereich „Sprache als System“ festlegen. Dies ist deswegen nicht wünschenswert, weil es in einem Germanistikstudium darauf ankommt, nicht einfach additiv die drei Teilbereiche ohne roten Faden zu studieren, sondern diese einzelnen Teilbereiche so zu absolvieren, dass man sie miteinander verbindet und sie vor dem Hintergrund einer spezifischen Fragestellung als Einheit begreift. Durch die Festlegung auf Teilbereiche von Teilbereichen wurde dies unnötig erschwert, die Germanistik wird zerfasernt. Auf diese Kritik seitens der Studierenden wurde schlichtweg entgegnet, „die Studierenden bräuchten ein Geländer“ und das sei so „politisch gewollt“. Sollte das Ziel der Universität nicht

¹ Siehe den 2.Absatz von „Definitionen und Standards für die Modularisierung“ auf S.2. von: Rahmenvorgaben für die Einführung von Leistungspunktsystemen und die Modularisierung von Studiengängen (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 15.09.2000 i. d. F. vom 22.10.2004) u.a. findbar unter:

² http://www.hrk.de/bologna/de/download/dateien/KMK_Rahmenvorgaben_Modularisierung_ECTS_22102004.pdf

² <http://www.kmk.org/presse-und-aktuelles/meldung/kultusministerkonferenz-und-hochschulrektorenkonferenz-handelngemeinsam.html>

mehr sein, dass die Studierenden mehr erlernen sollen, eigenständig und ohne Anleitung zu agieren, dann ist von der Hochschule im Sinne Humboldts nichts mehr übrig. Ein solcher, zerfaserter Studienaufbau verleitet dazu, die einzelnen Veranstaltungen abzuhaken und reproduzierbares Detailwissen für die nächsten Prüfungen anzusammeln.

Insgesamt ist dieser Studiengang also eher wissens- und nicht kompetenzorientiert im Sinne Weinerts: Kompetenzen sind „die bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen Bereitschaften und Fähigkeiten, um die Problemlösungen in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können.“ (Weinert, 2001)

Hiermit ignoriert man einen wesentlichen Grundgedanken einer qualitativen Studienreform, wie sie auch die Bolognaform vom Anspruch her sein will. Die vorgelegte Prüfungsordnung setzt nicht eine an den Lernenden orientierte Studienreform um, sondern übergeht den Konsens der Universität Heidelberg, nach den Protesten der vergangenen Semester, die Bachelor-Studiengänge einer grundlegenden Revision zu unterziehen.

Dass zudem die Prüfungsbelastung auch für die Lehrenden – und in der Regel v.a. den Mittelbau – unnötig groß ist, darf hierbei keinesfalls außer Acht gelassen werden. In der vorliegenden Prüfungsordnung müssen im Hauptfach 12 Leistungsnachweise erbracht werden.

Es ist mir schleierhaft, wie dies innerhalb von sechs Semestern zuzüglich eines zweiten Hauptfaches oder zweier Nebenfächer, einer Abschlussprüfung, einer Abschlussarbeit sowie den übergreifenden Kompetenzen sinnvoll geleistet werden soll. Ferner ist es damit praktisch unmöglich das Studium dabei in der Regelzeit abzuschließen. Dies trifft besonders Bafög-EmpfängerInnen besonders hart, da diese nach der Regelzeit keinerlei Fördermöglichkeit mehr haben, ohne während ihres Studiums zu arbeiten oder von ihren Eltern Geld zu erhalten. Somit werden erneut diejenigen durch so eine Studienordnung bevorzugt, die ohnehin schon Vorteile haben sowie nicht auf staatliche Förderung angewiesen sind, die hier dargelegte Studienordnung ist also sozial nicht verantwortbar.

Dass die genannten Mängel weiterhin fortbestehen ist umso verwunderlicher, da auf Initiative des Germanistischen Seminars nach Kritik der Studierenden im Fakultätsrat und Studienkommission dieser Bachelor zur gemeinsamen Überarbeitung und Neukonzeption zurückgezogen wurde. Zwar fanden einige Gespräche in angenehmer Atmosphäre statt, jedoch waren weder die ProfessorInnen im Fach, noch die Studienkommission und der Fakultätsrat dazu bereit, auf die grundlegende Kritik der Studierenden einzugehen. Die Beteiligung war somit lediglich eine Farce, um so zu tun, als ob die Studierenden Gehör fänden und sie anschließend umso stärker zu übergehen. Somit war die von vielen Stellen, z.B. im *Prager Kommuniqué*, geforderte Beteiligung der Studierenden bei der Konzeption der Prüfungsordnung nicht gegeben. Dort steht u.a.: „Sie [Anm.: die Ministerinnen und Minister] unterstützten die Auffassung, dass Hochschulbildung als ein öffentliches Gut zu betrachten und dass sie eine vom Staat wahrzunehmende Verpflichtung ist und bleibt (Regelungen usw.), und dass die Studierenden gleichberechtigte Mitglieder der Hochschulgemeinschaft sind. [...] Die Ministerinnen und Minister hoben hervor, dass die Beteiligung der Universitäten und anderer Hochschuleinrichtungen und der Studierenden als kompetente, aktive und konstruktive Partner bei der Errichtung und Gestaltung des europäischen Hochschulraums notwendig ist und begrüßt wird [...] Die Ministerinnen und Minister bestätigten, dass die Studierenden an der Organisation und am Inhalt der Ausbildung an

Universitäten und Hochschuleinrichtungen teilnehmen und sie beeinflussen sollten.“³

Bezüglich der Studierenden geschah dies bei dieser Prüfungsordnung in keiner Form. Daher fordere ich den Senatsausschuss für Lehre dazu auf, die Studienordnung im Sinne der Studierenden abzulehnen sowie ans Fach zurückzugeben.

Herzlich,

Ziad-Emanuel Farag

3 Siehe S.3 f. des Prager Kommuniqué , des Treffens der europäischen Hochschulministerinnen und Hochschulminister am 19. Mai. 2001 in Prag, u.a. unter: http://www.bmbf.de/pub/prager_kommunique.pdf